



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen außerplanmäßige Sitzung des  
Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und  
Liegenschaften am 21.11.2024**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:31 Uhr bis 18:46 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Udo Nistripke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Guido Haak	CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Tom Wolter	Fraktion Volt / MitBürger
Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle
Yvonne Krause	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale), Vertretung für Herrn Kehrwieder

### **Verwaltung**

Egbert Geier	Bürgermeister, Beigeordneter für Finanzen und Personal
Thomas Stimpel	Referent GB I
Corinna Wolff	Leiterin Fachbereich Finanzen
Stephan Kögler	Leiter Abt. Kämmerei
René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
André Bartel	Controller GB II
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Mandy Krüger	Controllerin GB III
Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Yves Stephan	Controller GB IV
Reik Möller	Referent des Oberbürgermeisters
Martin Heinz	Fachbereichsleiter Immobilien
Martin Herrmann	Abteilungsleiter Umweltmanagement und Service
Lisa Leluk	Protokollführerin

### **Entschuldigt fehlten:**

Tim Kehrwieder	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
----------------	---

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Raue**, eröffnete die außerplanmäßige Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Raue** wies auf die 10 vorliegenden Änderungsanträge zum Haushalt hin.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Herr Raue** bat um Abstimmung der Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Es wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Beschlussvorlagen
  - 6.1. Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023  
Vorlage: VIII/2024/00245
    - 6.1.1. Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke und SPD zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“(VIII/2024/00245)  
Vorlage: VIII/2024/00567
    - 6.1.2. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023 (VIII/2024/00245)  
Vorlage: VIII/2024/00569

- 6.1.3. Änderungsantrag der Fraktionen Volt / MitBürger, SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP/FREIE WÄHLER, Hauptsache Halle und CDU zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245)  
Vorlage: VIII/2024/00570
- 6.1.4. Änderungsantrag der Fraktionen Volt / MitBürger, SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP/FREIE WÄHLER zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245)  
Vorlage: VIII/2024/00573
- 6.1.5. Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur BV Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023 VIII/2024/00245  
Vorlage: VIII/2024/00571
- 6.1.6. Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023 VIII/2024/00245  
Vorlage: VIII/2024/00572
- 6.1.7. Änderungsantrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245), hier: Netzwerkarbeit Zukunftszentrum  
Vorlage: VIII/2024/00574
- 6.1.8. Änderungsantrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245), hier: Stärkung Kinder- und Jugendrat (Stellenplan)  
Vorlage: VIII/2024/00575
- 6.1.9. Änderungsantrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245); hier: Quartiersmanagement (Stellenplan)  
Vorlage: VIII/2024/00576
- 6.1.10. Änderungsantrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245); hier: Zwischenrevision Forsteinrichtung  
Vorlage: VIII/2024/00577
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen

9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
10. Anregungen
11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
12. Beschlussvorlagen
13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
16. Anregungen

### **zu 3        Einwohnerfragestunde**

---

#### **zu 3.1      Fragesteller 1 zum Haushaltsentwurf**

---

**Fragesteller 1** bezog sich auf den Haushaltsentwurf und auf den Änderungsdienst dazu. Fragesteller 1 sagte, dass man beim Nachrechnen der verbuchten Erträge und der zugehörigen Aufwendungen sowohl im Entwurf vom 10.09.2024 als auch beim Änderungsdienst vom 15.11.2024 das gleiche Delta in Höhe von 9.957.283 Euro erhält. Fragesteller 1 fragte Herrn Bürgermeister Geier, warum die Verwaltung so zielgerichtet auf diese Zahl hinsteuert und wofür diese Mittel vorgehalten werden.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte, dass dieser Betrag notwendig ist, damit die Verwaltung gegenüber dem Landesverwaltungsamt nachweisen kann, dass sie der Konsolidierungsverpflichtung nachkommt. Er fügte an, dass diese Mittel verwendet werden, um den Kapitaldienst aus den Kreditaufnahmen zu finanzieren.

**Fragesteller 1** fragte, ob in dem übrigen Zahlenwerk diese Aufwendungen, die aus dem Konsolidierungskonzept resultieren, nicht enthalten sind.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte, dass wenn dieser Überschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit entsprechend seiner Zweckbestimmung nach KVG verwendet wird, im Gesamthaushalt 0 herauskommt.

**Fragesteller 1** fragte nach der Beantwortung seiner Frage aus der regulären Sitzung vom 19.11.2024.

**Herr Herrmann** antwortete, dass der Gebührenhaushalt haushaltsneutral ist, da die Einnahmen die Ausgaben decken. Er führte aus, dass die Abfallgebührenkalkulation eine rechnerische Unterdeckung von 20.000 Euro für das Jahr 2025 und 2026 aufweist und dieser Betrag daraus resultiert, dass die Verwaltung Abfallgebühren auf ganze Cents runden muss. Weiterhin sagte er, dass sich die rechnerische Kalkulation nicht mit dem Haushalt gleichsetzen lässt, da in den Haushalt noch andere Einnahmen einfließen.

**zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift**

---

Es lag keine Niederschrift zur Bestätigung vor.

**zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse zur Veröffentlichung vor.

**zu 6 Beschlussvorlagen**

---

**zu 6.1 Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023  
Vorlage: VIII/2024/00245**

---

**Herr Bürgermeister Geier** führte mithilfe einer Präsentation in die Haushaltsvorlage und den Änderungsdienst ein.

*Die Präsentation ist zur Einsicht im Session hinterlegt.*

**Herr Raue** bezog sich auf die Finanzierung der Energiewende bei der SWH und fragte, ob die Kreditaufnahmen im Umfang von 105 Millionen Euro zum Jahr 2034 in einer einzelnen Aktion erfolgen.

**Herr Bürgermeister Geier** antwortete, dass die Kreditaufnahme nach Jahresscheiben und nach Investitionsplan der Stadtwerke erfolgen wird.

**Herr Dr. Lochmann** bezog sich auf die „Übersicht zu Fragen und Antworten zum Haushalt“, besonders auf die Thematik des Brandschutzes des Beatles-Museums und des Gebäudes im Böllberger Weg 188. Er hinterfragte, ob der Brandschutz tatsächlich eine freiwillige Leistung darstellt.

**Herr Heinz** sagte, dass es sich bei beiden Leistungen um freiwillige Leistungen handelt. Er berichtete von Gesprächen mit Verantwortlichen des Beatles-Museums, um mithilfe von Fördermitteln nächstes Jahr die Brandschutzsanierung durchzuführen.

**Herr Raue** nahm Bezug auf die voraussichtlich geringeren Zuweisungen aus dem Finanzausgleichsgesetz und fragte, ob das im Haushaltsentwurf bereits mitbedacht wurde.

**Herr Bürgermeister Geier** antwortete, dass die Verwaltung aktuell im Anhörungsverfahren zum Zensus 2022 ist und dass noch kein abschließender Feststellungsbescheid vorliegt.

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Herr Raue** im Folgenden um Beratung der vorliegenden Änderungsanträge.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke und SPD zur Beschlussvorlage „Haushaltssolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245)  
Vorlage: VIII/2024/00567**

---

**Herr Dr. Meerheim** führte in den Änderungsantrag seiner Fraktion ein.

**Herr Raue** bat um Einordnung des Änderungsantrags durch die Verwaltung, besonders im Hinblick auf die erhöhten Landeszuweisungen, die dem Antrag zugrunde liegen.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte, dass das Landesverwaltungsamt darüber entscheidet, ob dieser Antrag umsetzbar ist, da hiermit eine Umsteuerung des Konsolidierungskonzepts vorgenommen werden würde.

**Herr Raue** sagte, dass er den Änderungsantrag für plausibel und unterstützungswürdig hält.

**Herr Wolter** lobte den Änderungsantrag, da eine Alternative für das Konsolidierungskonzept durch die Fraktionen Die Linke und SPD vorgelegt wird. Er bat um Einschätzung der Verwaltung zur Erhöhung des Ansatzes für privatrechtliche Leistungsentgelte.

**Frau Brederlow** sagte, dass alle Punkte in dem Änderungsantrag Prognosen sind, basierend auf den Erfahrungen der vergangenen Jahre. Sie führte aus, dass gerade im Punkt 3 die Erträge auf Kostenerstattungen enthalten sind, wie zum Beispiel der Kostenbeitrag für Gastkinder. Sie erklärte, dass die Geburtenrückgänge besonders die Gemeinden um Halle herum betreffen, sodass sie davon ausgeht, dass diese Gemeinden um ihre Kinder kämpfen werden. Sie stellte die Erhöhung dieses Anteils in Zweifel. Sie gab weiterhin zu Bedenken, dass in drei bis vier Jahren die Erstattungen vom Land auch nicht mehr in der Höhe ausfallen werden, da zu diesem Zeitpunkt auch in Halle die Geburtenrückgänge spürbar werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Änderungsantrag. **Herr Wolter** schlug vor, zunächst alle Änderungsanträge zu besprechen und abschließend die Abstimmungen durchzuführen. Dem wurde nicht widersprochen.

**zu 6.1.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023 (VIII/2024/00245)  
Vorlage: VIII/2024/00569**

---

**Frau Dr. Wünscher** führte in die Punkte 1 und 2 des Änderungsantrags ihrer Fraktion ein, die anderen Punkte erläuterte **Herr Haak**.

**Frau Dr. Marquardt** sagte, dass sie es zwar befürwortet, mehr Mittel in die Händelfestspiele zu investieren, aber der Deckungsvorschlag schwere Einschnitte für die Salzwirker-Brüderschaft bedeuten würde. Sie führte aus, dass dann Veranstaltungen wie das Schauspielen, das Salzforum und Salinefest für die Vereinigung nicht mehr umsetzbar wären.

**Frau Dr. Wünscher** sagte, dass bei den Mitteln für die Salzwirker-Brüderschaft noch 13.000 Euro übrigbleiben und der Verein zusätzlich noch 40.000 Euro zurückzahlen müsste. Sie erhielt den Antrag aufrecht.

**Frau Dr. Marquardt** sagte, dass es im letzten Jahr einen Überschuss in Höhe von 40.000 Euro gab, aber noch nicht das Ende der Verwendungsnachweisprüfung erreicht ist. Sie fügte an, dass noch nicht feststeht, ob die Mittel im Zusammenhang mit einer zweckgebundenen Spende stehen.

**Herr Wolter** sagte, dass das Programm der Händelfestspiele für 2025 bereits veröffentlicht ist und auch die Pressekonferenz für Händelfestspiele stattgefunden hat und fragte anschließend, ob rechtliche Probleme bei Annahme des Antrages entstehen könnten.

**Frau Dr. Marquardt** verstand die Erhöhung der Mittel für die Händelfestspiele als Investition in das Marketing des Festivals, sowie in die Aktivitäten auf dem Marktplatz.

**Frau Dr. Wünscher** bestätigte diese Annahme.

**Herr Wolter** sagte, dass in dem Antrag eine Erhöhung der Transferleistungen für die Stiftung Händelhaus gefordert wird, aber die Aussagen von Frau Dr. Wünscher eher nach Bezuschussen von begleitenden Projekten klingt. Er fragt nach der formalen Umsetzung der Verwaltung, sollte der Antrag Zustimmung finden.

**Frau Dr. Marquardt** sagte, dass die Verwaltung einen extra Betrag für dieses Projekt im Haushalt vorsehen würde, ähnlich wie bei dem 100-jährigen Jubiläum der Händelfestspiele.

**Herr Bürgermeister Geier** ergänzte, dass bei Annahme des Antrages die Verwaltung über den bestehenden Vertrag mit dem Land hinaus Leistungen übernehmen soll, um die Festspiele über die Grenzen des Händelhauses hinweg bekannter zu machen. Er benannte dafür zwei Möglichkeiten. Die erste Variante wäre eine zusätzliche Vereinbarung zwischen Stadtverwaltung und Stiftung Händelhaus unabhängig vom Vertragswerk mit dem Land, die zweite wäre die Zahlung eines Betrages vom Stadthaushalt an das Stadtmarketing, welche das Marketing für die Händelfestspiele übernehmen.

**Frau Dr. Wünscher** sprach sich für eine Verfahrensweise wie beim 100-jährigen Jubiläum der Händelfestspiele aus.

**Herr Nistriple** sprach sich für die zweite Variante von Herrn Bürgermeister Geier aus.

**Herr Schachtschneider** sagte, dass die CDU mit dem Änderungsantrag die Aufwendungen für das Salinemuseum e.V. von 113.000 Euro auf 13.100 Euro reduzieren will. Er bezog sich anschließend auf den Antrag auf Förderung des Salinemuseum e.V. für 2025 in Höhe von 20.000 Euro. Er fragte anschließend, ob es nicht nur noch um die Differenz in Höhe von 6.900 Euro geht.

**Frau Dr. Marquardt** betonte, dass die beantragten 20.000 Euro des Salinemuseum e.V. nicht für die Bereitstellung der Infrastruktur der Salzwirker-Brüderschaft zur Verfügung steht.

**Frau Dr. Wünscher** fragte, ob die im Haushaltsentwurf enthaltenen 113.000 Euro für den Salinemuseum e.V. oder der Bereitstellung der Infrastruktur der Salzwirker-Brüderschaft gedacht sind.

**Frau Dr. Marquardt** begrüßte die Intention, die Händelfestspiele breiter bekannt zu machen. Sie fügte an, dass der Salinemuseum e.V. in den vergangenen Jahren für die Salzwirker-Brüderschaft die Bereitstellung der Infrastruktur übernommen hat.

**Herr Schachtschneider** zweifelte an, dass der Salinemuseum e.V. mehr Mittel benötigt, da er sie andernfalls beantragen würde.

**Frau Dr. Marquardt** sagte, dass der Salinemuseum e.V. und die Salzwirker-Brüderschaft zwei verschiedene Rechtspersonen sind. Sie führte aus, dass die Salzwirker-Brüderschaft darauf angewiesen ist, dass der Salinemuseum e.V. die Infrastruktur zur Verfügung gestellt hat. Sollte dies wegfallen, kann kein Schauspielen mehr veranstaltet werden.

**Herr Bürgermeister Geier** ergänzte, dass andernfalls die Verwaltung aus dem Haushalt einen extra Betrag dafür zur Verfügung stellen müsste.

**Frau Dr. Marquardt** bezog sich auf Punkt 2 des Änderungsantrages und verwies auf die ausführliche Diskussion im Kulturausschuss zu dem Thema.

**Frau Brederlow** sagte zu Punkt 3, dass das Produkt schon im Vorfeld eine Reduzierung im Haushaltsplan erfuhr. Sie wies darauf hin, dass die Leistungen, die in diesem Jahr zur Bekämpfung der Jugendkriminalität genutzt wurden, zum großen Teil durch die sogenannten „Innovativen Maßnahmen“ gedeckt wurden. Abschließend sagte sie, dass die Umsetzung gemäß SGB 8 §71 Absatz 4 rechtswidrig wäre.

**Herr Stimpel** nahm nochmal Bezug auf Punkt 2 des Antrages und erinnerte daran, dass mit der Einstellung der Mittel für den Kulturentwicklungsplan ein Stadtratsbeschluss umgesetzt wird.

**Frau Dr. Wünscher** kritisierte, dass zwar 75.000 Euro für den Kulturentwicklungsplan im Haushalt aufgeführt werden, aber gleichzeitig im selben Produkt die freie Kulturarbeit, um 70.000 Euro, gekürzt wird. Sie führte aus, dass die CDU-Fraktion bei der Beschlussfassung immer betonte, dass keine Mittel aus dem Bereich der freien Kultur dafür zur Verfügung gestellt werden sollen.

**Herr Stimpel** sagte, dass die Einstellung der 75.000 Euro in den Haushalt für den Kulturentwicklungsplan, die Umsetzung eines Stadtratsbeschlusses darstellt, und die 70.000 Euro Reduzierung bei der freien Kulturarbeit regulär geplant werden mussten, um einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf zu erzielen. Er sagte zu Punkt 4, dass das genannte Produkt nicht die „Hallianz für Vielfalt“ finanziert, sondern Sprachförderung, Gleichberechtigung und „Demokratie im Quartier“. Er fügte an, dass mit Annahme von Punkt 5 des Antrages überwiegend Personalkosten für den Gesamtbereich Wahlen gekürzt werden. Aus diesem Grund riet er davon ab, diesen Punkt anzunehmen

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, wurde der nächste Änderungsantrag behandelt.

**zu 6.1.3 Änderungsantrag der Fraktionen Volt / MitBürger, SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP/FREIE WÄHLER, Hauptsache Halle und CDU zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245) Vorlage: VIII/2024/00570**

---

**Herr Wolter** führte in den Änderungsantrag ein.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, wurde der nächste Änderungsantrag behandelt.

**zu 6.1.4 Änderungsantrag der Fraktionen Volt / MitBürger, SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP/FREIE WÄHLER zur Beschlussvorlage „Haushaltssolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245)  
Vorlage: VIII/2024/00573**

---

**Herr Wolter** führte in den Änderungsantrag ein.

**Herr Raue** fragte, welche Steuern den Punkt e) des Antrages betreffen.

**Herr Wolter** erwiderte, dass es sich um Gewerbesteuern handelt.

**Herr Raue** zweifelte an, dass der Wert belastbar ist aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage in Deutschland.

**Herr Wolter** sagte, dass er frühestens eine Rückwirkung im Jahr 2026 erwartet und aus diesem Grund den Wert für belastbar hält.

**Herr Raue** bat um Einschätzung durch die Verwaltung.

**Herr Bürgermeister Geier** erklärte, dass die Stadt Halle (Saale) eine breitgefächerte Gewerbesteuerstruktur hat, die nicht sofort mit einem großen Ausschlag auf Dellen in der Konjunktorentwicklung reagiert. Er führte aus, dass die Verwaltung in 2024 noch einen positiven Trend bei den Gewerbesteuereinnahmen wahrnimmt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, wurde der nächste Änderungsantrag behandelt.

**zu 6.1.5 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur BV  
Haushaltssolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023 VIII/2024/00245  
Vorlage: VIII/2024/00571**

**zu 6.1.6 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage  
Haushaltssolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023 VIII/2024/00245  
Vorlage: VIII/2024/00572**

---

**Herr Raue** führte in die Änderungsanträge seiner Fraktion ein. Dabei ging er besonders auf die Schaffung von zwei Personalstellen im Bereich des Sicherheitsdienstes für die Bewachung der Kita „Kinderinsel“ ein. Er begründete dies mit dem Zweifel, dass die Polizei die aktuelle Bestreifung des Areals auch nach der Bundestagswahl fortführt.

**Herr Eigendorf** sagte, dass in dem Bereich des Maritim-Hotels nicht die Bundespolizei die Kontrolle übernimmt, sondern die Polizei des Landes Sachsen-Anhalt. Er schloss damit einen Zusammenhang zwischen der Bundestagswahl und der Bestreifung des Areals aus. Er bat Herrn Raue darum, diese Aussage plausibel zu untermauern.

**Herr Wolter** fügte hinzu, dass ein privater Sicherheitsdienst keine dauerhafte Lösung darstellt, da ihre rechtlichen Befugnisse begrenzt sind. Zusätzlich sagte er, dass private Sicherheitsdienste keine Personalkosten für die Verwaltung darstellen.

**Herr Raue** berichtete von einem Besuch der Landesvertretung der Polizei im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung. Er sagte, dass der Vertreter für die Bestreifung einen hohen Personalaufwand hat und Personal abziehen wird, sobald sich die Lage bessert. Herr Raue fügte an, dass er aufgrund der gesellschaftlichen Lage einen Zusammenhang mit der Bundestagswahl prognostiziert. Er gab Herrn Wolter hinsichtlich der Bezeichnung des Produktes „Personalkosten“ recht und zeigte sich offen, bei Annahme des Antrages das korrekte Konto im Antrag zu hinterlegen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, wurde der nächste Änderungsantrag behandelt.

**zu 6.1.7** **Änderungsantrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Beschlussvorlage „Haushaltssolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245), hier: Netzwerkarbeit Zukunftszentrum**  
Vorlage: VIII/2024/00574

**zu 6.1.8** **Änderungsantrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Beschlussvorlage „Haushaltssolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245), hier: Stärkung Kinder- und Jugendrat (Stellenplan)**  
Vorlage: VIII/2024/00575

---

**Herr Wolter** führte in Änderungsanträge VIII/2024/00574 und VIII/2024/00575 seiner Fraktion ein.

**Herr Stimpel** erinnerte daran, dass die Fraktionen keine Entgeltgruppen festlegen können. Die Eingruppierung erfolgt auf Basis einer Stellenbeschreibung und -bewertung.

**Herr Wolter** kündigte eine Überarbeitung des Änderungsantrags unter TOP 6.1.8 an.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, wurde der nächste Änderungsantrag behandelt.

**zu 6.1.9** **Änderungsantrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Beschlussvorlage „Haushaltssolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245); hier: Quartiersmanagement (Stellenplan)**  
Vorlage: VIII/2024/00576

---

**Herr Wolter** führte in den Änderungsantrag seiner Fraktion ein.

**Herr Möller** stimmte der Umwidmung der Stellen in der Baugesuchsprüfung nicht zu, da alle Sachbearbeiter voll ausgelastet und nicht abkömmlich sind.

**Herr Dr. Lochmann** sieht die Formulierung des Antrages kritisch. Seiner Auffassung nach sollte ein fester Endpunkt der Umwidmung benannt werden.

**Herr Möller** sagte, dass es aktuell keinen Bedarf an personeller Unterstützung im Quartiersmanagement gibt.

**Herr Wolter** kündigte eine Prüfung innerhalb der Fraktion an.

**Herr Nistriple** gab zu bedenken, dass bei befristeten Stellenausschreibungen der Rücklauf meist sehr gering ist.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, wurde der nächste Änderungsantrag behandelt.

**zu 6.1.10 Änderungsantrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245); hier: Zwischenrevision Forsteinrichtung Vorlage: VIII/2024/00577**

---

**Herr Wolter** führte in den letzten Änderungsantrag seiner Fraktion ein.

**Herr Stimpel** wies darauf hin, dass mit der Reduzierung des Produkts 1.12102 Wahlen, eine Reduzierung bei den Aufwendungen für die ehrenamtliche Tätigkeit, also die Aufwandspauschale für Wahlhelfer durchgeführt wird. Er bat um entsprechende Ergänzung im Beschlusstext.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Raue** um Abstimmung der Haushaltsvorlage sowie den Änderungsanträgen.

**Frau Dr. Wünscher** bat um EinzelpunktAbstimmung des Änderungsantrages der CDU-Fraktion.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke und SPD zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245) Vorlage: VIII/2024/00567**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ab dem Haushaltsjahr 2025 mit Änderungen. Der Oberbürgermeister wird mit der Fortführung der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2025 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2025 mit dem Haushaltsplan 2025 **mit folgenden Änderungen:**

Der Punkt 2 „Umstellung der Beitragssatzung für Kindertagesstätten im Haushaltskonsolidierungskonzept (Stand 10.09.2024) in Höhe von 3.800.000 EUR wird durch folgende Punkte ersetzt:

1. Im Produkt 1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen wird der Ansatz für Zuwendungen und allgemeine Umlagen um 1.300.000 EUR erhöht
2. Die globale Minderausgabe (Personalaufwendungen + 1.500 T€) wird um - 1.500.000 EUR erhöht.
3. Im Produkt 1.36101 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen wird der Ansatz für privatrechtliche Leistungsentgelte um 1.000.000 € erhöht.

zu 6.1.3 **Änderungsantrag der Fraktionen Volt / MitBürger, SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP/FREIE WÄHLER, Hauptsache Halle und CDU zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245) Vorlage: VIII/2024/00570**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ab dem Haushaltsjahr 2025. Der Oberbürgermeister wird mit der Fortführung der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2025 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2025 mit dem Haushaltsplan 2025 mit folgenden Änderungen:
  - a. Im Produkt 1.42101 Sportförderung wird der Ansatz für Transferaufwendungen ab 2025 um 70.000 EUR erhöht.
  - b. Im Produkt 1.21101 Grundschulen wird der Ansatz für Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte ab 2025 um 124.912 EUR gemindert.
  - c. Im Produkt 1.21601 Sekundarschulen wird der Ansatz für Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte ab 2025 um 20.095 EUR gemindert.
  - d. Im Produkt 1.21701 Gymnasien wird der Ansatz für Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte ab 2025 um 63.985 EUR gemindert.
  - e. Im Produkt 1.21801 Gesamtschulen wird der Ansatz für Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte ab 2025 um 33.106 EUR gemindert.
  - f. Im Produkt 1.21901 Gemeinschaftsschulen wird der Ansatz für Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte ab 2025 um 6.944 EUR gemindert.
  - g. Im Produkt 1.22101 Förderschulen wird der Ansatz für Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte ab 2025 um 24.123 EUR gemindert.
  - h. Im Produkt 1.23101 Berufsbildende Schulen wird der Ansatz für Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte ab 2025 um 23.605 EUR gemindert.
  - i. Im Produkt 1.42401 Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen wird der Ansatz für öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte ab 2025 um 253.775 EUR gemindert.
  - j. Im Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen wird der Ansatz für Transferaufwendungen ab 2025 um 227.000 Euro erhöht. Die Mittel werden zur auskömmlichen Finanzierung der Suchtberatungsstellen im Stadtgebiet inklusive der Suchtpräventionsfachstelle mit zwei Fachkräften verwendet.
  - k. Im Produkt 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur wird der Ansatz für Transferaufwendungen ab 2025 um 70.000 EUR erhöht.
  - l. Im Produkt 1.36301 Jugendsozialarbeit wird der Ansatz für Transferaufwendungen ab 2025 um 212.710 EUR erhöht. Die Mittel werden für die Leistung 1.36301.01 Förderung der Jugendsozialarbeit in freier Trägerschaft verwendet.
  - m. Im Produkt 1.55101 Grünflächen und Parkanlagen wird der Ansatz für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ab 2025 um 240.000 EUR erhöht. Die Mittel werden für den Erhalt des Baumbestandes eingesetzt.

- n. Im Produkt 1.55101 Grünflächen und Parkanlagen wird der Ansatz für Sonstige ordentliche Aufwendungen ab 2025 um 10.000 EUR erhöht. Die Mittel werden für die Kleingartenförderung eingesetzt.
  - o. Im Produkt 1.55301 Friedhofs- und Bestattungswesen wird der Ansatz für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ab 2025 um 100.000 EUR erhöht. Die Mittel werden für den Erhalt des Baumbestandes eingesetzt.
  - p. Im Produkt 1.54101 Gemeindestraßen wird der Ansatz für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ab 2025 um 1.000.000 EUR erhöht.
  - q. Im Produkt 1.61201 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft wird der Ansatz für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen um 1.480.255 EUR gemindert.
  - r. Im Produkt 1.54602 Betrieb und Unterhaltung öffentlich-rechtlicher Parkeinrichtungen wird der Ansatz für öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte um 1.000.000 EUR erhöht.
3. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2023 zur Kenntnis.

zu 6.1.4 **Änderungsantrag der Fraktionen Volt / MitBürger, SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP/FREIE WÄHLER zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245) Vorlage: VIII/2024/00573**

---

**Abstimmungsergebnis:** mit Patt abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ab dem Haushaltsjahr 2025. Der Oberbürgermeister wird mit der Fortführung der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2025 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
  2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2025 mit dem Haushaltsplan 2025 mit folgenden Änderungen:
    - a. Im Produkt 1.11120 Integration und Demokratie wird innerhalb der Leistung 1.11120.01 Sprachförderung der Ansatz für Transferaufwendungen ab 2025 um 500.000 EUR erhöht. Die Mittel werden für den Einsatz von Sprachmittler\*innen verwendet.
    - b. Im Produkt 1.33101 Förderung der Wohlfahrtspflege wird der Ansatz für Transferaufwendungen ab 2025 um 296.000 EUR erhöht.
    - c. Im Produkt 1.36201 Jugendarbeit wird der Ansatz für Transferaufwendungen ab 2025 um 100.800 EUR erhöht.
    - d. Im Produkt 1.36302 Förderung der Erziehung in der Familie wird der Ansatz für Transferaufwendungen ab 2025 um 135.570 EUR erhöht.
    - e. Im Produkt 1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen wird der Ansatz für Steuern und ähnliche Abgaben um 1.032.370 EUR erhöht.
  3. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2023 zur Kenntnis.
- zu 6.1.2 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023 (VIII/2024/00245)**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einzelpunktabstimmung**

Punkt 1	mehrheitlich abgelehnt
Punkt 2	mehrheitlich abgelehnt
Punkt 3	einstimmig abgelehnt
Punkt 4	mehrheitlich zugestimmt
Punkt 5	mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ab dem Haushaltsjahr 2025 mit Änderungen. Der Oberbürgermeister wird mit der Fortführung der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2025 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.

2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2025 mit dem Haushaltsplan 2025 **mit folgenden Änderungen:**

- 1) **Erhöhung Aufwendungen für die Stiftung Händelhaus (Transferleistungen für die Händel-Festspiele 2025) (Produkt 1.28104) um - 100.000,00 € auf - 2.143.009,00 €. Deckungsvorschlag: Reduzierung Aufwendungen Hallesches Salinemuseum e.V. (Produkt 1.25104) um + 100.000,00 € auf -13.100,00 €.**
- 2) **Erhöhung der Kulturförderung (Produkt 1.28102) um -70.000,00 €. Deckung über Minderung bei Aufwendungen für externe Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes (Produkt 1.25105). Sonstige ordentliche Aufwendungen werden dabei um +70.000,00 € auf -174.700,00 € gemindert.**
- 3) **Minderung der Aufwendungen für sogenannte "Innovative Maßnahmen" um + 80.690,00 € (Produkt 1.36201 von - 4.344.302,00 € um +67.840,00 € auf 4.276.462,00 € und Produkt 1.36301 von - 4.383.310,00 € um +12.850,00 Euro auf - 4.370.460,00 €.**
- 4) **Globale Minderung der Aufwendungen im Produkt (1.11120), beispielsweise durch Reduzierung der Transferaufwendungen (Zuschüsse an übrige Bereiche, etc.) um +100.000,00 €. Keine Minderung soll erfolgen bei Aufwendungen für den Präventionsrat sowie die Leistungen für Senioren und Menschen mit Behinderung in diesem Produkt.**
- 5) **Verringerung der Aufwendungen für die Wahlen zum Migrationsbeirat sowie zum Jugendparlament im Produkt 1.12102 Wahlen von -144.948,00 € um +72.474,00 € auf -72.474,00 € in sonstige Wahlen und Abstimmungen (Leistung 1.12102.06).**

zu 6.1.5 **Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur BV  
Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem  
Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das  
Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023 VIII/2024/00245**

**Abstimmungsergebnis:**                    mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

**Einsparungen (272.500 EUR):**

1) Seite 307 wird PSP Element 1.11112 „übergreifende Maßnahmen“ der Ansatz um 62.500 EUR gemindert.

2) Seite 624 wird PSP Element 854602011 „Parkeinrichtungen- Fahrradbügel etc.“ um 90.000 EUR gemindert, der Beschluss zu den jährlich zu verbauenden Fahrradbügeln wird aufgrund der Haushaltsnotlage in diesem Zuge ausgesetzt.

3) Seite 175 wird PSP Element 1.11120.04 „Demokratie und Präventionsrat“ um 120.000 EUR gemindert.

zu 6.1.6    **Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023 VIII/2024/00245**  
Vorlage: VIII/2024/00572

---

**Abstimmungsergebnis:**                    mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

**Zusätzliche Ausgaben (160.000 EUR):**

Im Produkt 25\_4\_500 „Soziales“, wird der Ansatz im Sachkonto „Personalaufwendungen“ für das Haushaltsjahr 2025 um 160.000 Euro angehoben.

zu 6.1.7    **Änderungsantrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245), hier: Netzwerkarbeit Zukunftszentrum**  
Vorlage: VIII/2024/00574

---

**Abstimmungsergebnis:**                    mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ab dem Haushaltsjahr 2025. Der Oberbürgermeister wird mit der Fortführung der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2025 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2025 mit dem Haushaltsplan 2025 **mit**

folgenden Änderungen:

- a. Im Produkt 1.11120 Integration und Demokratie wird der Ansatz für Transferaufwendungen um 25.000 EUR erhöht. Die Mittel werden für die Netzwerkarbeit von zivilgesellschaftlichen Akteuren im Zusammenhang mit dem Zukunftszentrum verwendet.
- b. Im Produkt 1.12102 Wahlen wird der Ansatz für sonstige ordentliche Aufwendungen um 25.000 EUR reduziert.

zu 6.1.8 **Änderungsantrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245), hier: Stärkung Kinder- und Jugendrat (Stellenplan)  
Vorlage: VIII/2024/00575**

---

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ab dem Haushaltsjahr 2025. Der Oberbürgermeister wird mit der Fortführung der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2025 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2025 mit dem Haushaltsplan 2025 mit folgenden Änderungen:
  - a. Im Stellenplan des Fachbereiches 51 Bildung wird eine Stelle „Sachbearbeiter/-in Kinder und Jugendbeteiligung“ mit der Eingruppierung S 11b aufgenommen. Hierfür wird der Ansatz Personalaufwendungen des zugehörigen Produktes ab 2025 um 60.000 EUR erhöht.
  - b. Im Produkt 1.11112 Übergreifende Personalmaßnahmen wird der Ansatz für die Leistung 1.11112.03 globale Minderung Personalaufwendungen ab 2025 um 60.000 EUR erhöht.

zu 6.1.9 **Änderungsantrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245); hier: Quartiersmanagement (Stellenplan)**  
Vorlage: VIII/2024/00576

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ab dem Haushaltsjahr 2025. Der Oberbürgermeister wird mit der Fortführung der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2025 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2025 mit dem Haushaltsplan 2025 **mit der folgenden Änderung:**
  - a. **Im Stellenplan werden 4 VZE Sachbearbeiter/-in Baugesuchsprüfung temporär in 4 VZE Quartiersmanager/-in umgewidmet. Die Umwidmung bleibt solange bestehen bis dem Stadtrat ein schlüssiger Nachweis über die gesteigerten Bedarfe im Bereich Baugenehmigungen vorgelegt wird.**

zu 6.1.10 **Änderungsantrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023“ (VIII/2024/00245); hier: Zwischenrevision Forsteinrichtung**  
Vorlage: VIII/2024/00577

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ab dem Haushaltsjahr 2025. Der Oberbürgermeister wird mit der Fortführung der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2025 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2025 mit dem Haushaltsplan 2025 **mit folgenden Änderungen:**
  - a. **Im Produkt 1.55501 Wald-, Forst-, Jagd- und Landwirtschaft wird der Ansatz für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Jahr 2025 um 15.000 EUR erhöht. Die Mittel werden für die Durchführung der Zwischenrevision der Forsteinrichtung verwendet.**
  - b. **Im Produkt 1.12102 Wahlen wird der Ansatz für sonstige ordentliche Aufwendungen um 15.000 EUR reduziert.**

**zu 6.1 Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023**  
Vorlage: VIII/2024/00245

---

**Abstimmungsergebnis:** mit Patt abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ab dem Haushaltsjahr 2025. Der Oberbürgermeister wird mit der Fortführung der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2025 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2025 mit dem Haushaltsplan 2025.
3. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2023 zur Kenntnis.

**zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 8 Mitteilungen**

---

Es gab keine Mitteilungen.

**zu 9 Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es gab keine Anfragen von Fraktionen und Stadträten.

**zu 10 Anregungen**

---

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Raue** den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Alexander Raue  
Ausschussvorsitzender

---

Lisa Leluk  
Protokollführerin